

„Systemrelevant“, so lautet das neue Zauberwort. Gemeint sind Arbeitsplätze, die direkt für die Bekämpfung der Corona-Pandemie beteiligt sind. Und es sind Arbeitsplätze, die für die Grundversorgung unabdingbar sind. Dahinter stehen Menschen, oft unterdurchschnittlich bezahlt und damit gesellschaftlich nicht anerkannt. Und viele Menschen fallen nicht in das Raster des „Systemrelevanten“. Werden sie nicht gebraucht? Sind sie nicht so wichtig? Welchen Wert hat Arbeit? Das System Neoliberalismus bekommt gerade knallhart seine Grenzen aufgezeigt. Kritiker könnten nun frohlocken, machen viele auch. Doch was ist die Alternative? DIE LINKE ist gut beraten, jetzt die Systemfrage zu stellen. Flexibilisierung, prekäre Beschäftigung, weltweite Märkte und Freihandel... es hat noch nicht einmal gereicht, ausreichend Schutzmasken herzustellen. Systemrelevant ist aber die soziale Frage, die Frage, die grenzenlosen Reichtum begrenzt, den Frieden bewahrt und gleichzeitig Freiheitsrechte Priorität einräumt. Nicht einfach, aber alternativlos, da systemrelevant.



**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Wahlkreisrundbrief April/Mai 2020

### Regierung will 12-Stunden-Arbeitstage ermöglichen

Es ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die ihre Gesundheit schon jetzt täglich für uns alle riskieren. Anstatt aber die Arbeitsbedingungen für die Heldinnen und Helden in den systemrelevanten Berufen durch z.B. mehr Personal oder durch den Schutz eines Tarifvertrags zu verbessern, werden die ohnehin schon überlasteten Beschäftigten wie Zitronen ausgequetscht. Offensichtlich ist es der Bundesregierung wichtiger, den Arbeitgebern faule Ostereier ins Nest zu legen, als sich um den Schutz der Beschäftigten bei der Arbeit zu kümmern. Arbeitsminister Heil (SPD) unterzeichnete Verordnung, welche Arbeitstage bis 12 Stunden zulässt, Ruhezeiten verringert und das grundsätzliche Beschäftigungsverbot an Sonn- und Feiertagen aufhebt.

Damit stellt der Arbeitsminister auch die Gewerkschaften kalt. Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz waren bisher immer nur durch Tarifverträge möglich. Hier bereitet ein SPD-Arbeitsminister den generellen Angriff auf das Arbeitszeitgesetz mit vor und macht sich damit zum Steigbügelhalter der Wirtschaft. Auch in einer Notlage, die durch die Sparpolitik und Privatisierungen verschlimmert wurde, dürfen die arbeitsmedizinisch zwingend notwendigen Grenzen der Arbeitszeitgestaltung nicht aufgehoben werden. Die Last der Bewältigung darf nicht einseitig auf die Beschäftigten übertragen werden.

### Kommunen brauchen einen Schutzschirm

Aufgrund der unzureichenden finanziellen Ausstattung galten rund 2.500 Städte und Gemeinden (darunter ca. 1/3 der Saar-Kommunen) schon vor der Corona-Krise als überschuldet. Nun verlieren alle Kommunen einen erheblichen Teil ihrer Einnahmen aus Gewerbesteuer und Gebühren. Gleichzeitig steigen aber die Sozialkosten massiv an. Für alle deutschen Kommunen bis Mitte Mai ein Finanzbedarf von 11,5 Mrd. Euro besteht. Hier ist schnelle und effektive Unterstützung durch Bund und Länder gefragt.

Der Bund muss zügig einen Gesetzentwurf für einen Altschuldenfonds auf Bundesebene vorlegen sowie einen Solidarpakt III für strukturschwache Kommunen auf den Weg bringen. Die Abschlagszahlungen von Gewerbesteuern überschuldeter Kommunen an den Bund sollten ausgesetzt werden. Benötigt werden auch Ergänzungszuweisungen des Bundes an die Länder, damit diese die Kommunen im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit unterstützen können. Zudem müssen Bund und Länder dafür Sorge tragen, dass sie die finanziellen Lasten übernehmen, die den Kommunen im Rahmen der Krisenbewältigung durch Bundes- und Landesgesetze entstehen. Es handelt sich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und der Bund darf die Verantwortung nicht einfach an die Länder abschieben.

### In eigener Sache:

Trotz Corona-Pandemie arbeitet der Bundestag weiter. Gerade in solchen Krisenzeiten ist die parlamentarische Kontrolle vor allen durch die Opposition enorm wichtig.

Aber auch im Bundestag gelten strenge Sicherheitsregeln. Diese lassen einen parlamentarischen Normalbetrieb kaum zu.

Als Abgeordneter, der medizinisch zu einer Risikogruppe gehört, muss ich sehr zurückhaltend mit Teilnahmen an den Sitzungswochen in Berlin sein. Ich hoffe sehr, dass wir alle gemeinsam diese schwierigen Zeiten bald hinter uns lassen und gesund bleiben.

Denn linke Politik hat nur eine Adresse in Berlin: Die Linksfraktion.

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

[www.thomas-lutze.de](http://www.thomas-lutze.de)

# Wahlrechtsreform ist nicht an Corona gescheitert

Bis Ende April 2020 hätte der Bundestag das Wahlrecht für die Bundestagswahlen ändern müssen. Danach ist nicht mehr genügend zeitlicher Abstand zur nächsten Bundestagswahl, die mit hoher Wahrscheinlichkeit Ende September 2021 stattfinden wird. Damit scheitert ein dringend notwendiger Prozess, der zu mehr Akzeptanz bei den Wählerinnen und Wählern geführt hätte.

Gescheitert ist die Wahlrechtsreform an den Koalitionsfraktionen und hier vor allem an der Union. Diese befürchtet massive Mandatsverluste, wenn die bisherigen Überhangmandate wegfallen. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei mehr Wahlkreise direkt gewinnt, als ihr eigentlich über das Zweitstimmenergebnis (Verhältnisswahl) zustehen.

Bereits 2019 hatten FDP, Linksfraktion und Grüne einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorgelegt, der zu einer deutlichen Verkleinerung der Abgeordnetenanzahl geführt hätte. Notwendig wäre dafür eine Vergrößerung der Wahlkreise gewesen, was die Union ablehnt.



## Linke Inhalte: Jetzt online heruntergeladen und lesen

### >> Mehr Geld für unsere Städte und Dörfer

Kommune ist, wo wir leben! Für viele Kommunen gilt aber: Rien ne va plus! Nichts geht mehr. Aufgrund der schlechten Finanzsituation fährt kein Bus, der Sportplatz vergammelt und das Internet ist langsam! Wichtige Investitionen in die Zukunft unterbleiben. Wenn ganze Städte und Dörfer abgehängt werden, untergräbt dies das soziale Leben und die Demokratie. Die Broschüre zeigt, wie man die Finanzen der Kommunen stärken kann.

### >> Für Nachhaltigkeit statt Militarisierung

Das Überleben der Menschheit ist in den nächsten Jahren und Jahrzehnten durch militärische Aufrüstung und den Klimawandel doppelt bedroht. Beides hängt eng zusammen. Gegen militärische Aufrüstung muss eine generelle Abrüstung eingefordert werden. Ohne diese werden auch die Ressourcen fehlen, um die notwendige sozial-ökologische Wende zur Bekämpfung des Klimawandels und anderer Umweltkatastrophen auf den Weg zu bringen. Doch das Militär entzieht nicht nur mit der irrwitzigen Aufrüstung existenziell notwendige Ressourcen, sondern ist gleichzeitig auch ein Hauptverursacher der Belastungen für Umwelt und Klima.

### >> Acht-Punkte-Plan für bezahlbare Mieten

In den Ballungsräumen, Groß- und Universitätsstädten in Deutschland explodieren die Mieten. Wir haben eine neue Wohnungsnot. Anders als es konservative Parteien und die Immobilienlobby behaupten, ist die zentrale Ursache von steigenden Mieten nicht zu wenig Neubau, sondern die Spekulation mit Boden. Wir brauchen eine Spekulationsbremse, um den Handel mit Betongold zu unterbinden. Wohnen ist ein Grundrecht, keine Ware.

### >> Aktionsplan Klimagerechtigkeit

Die Klimakrise ist kein abstraktes Szenario mehr. Der Juli 2019 war der heißeste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. In Alaska, Kanada und Sibirien brannten Waldflächen, so groß wie nie zuvor. Wenn die Weltgesellschaft ökologisch zur scheitern droht, dann kann die zentrale Ursache, die heutige Wirtschaftsordnung, nicht heilig sein. Es geht um eine neue Produktions- und Lebensweise - frei von fossilen Energien, ohne Ausbeutung von Mensch um Natur.

## Linksfraktion für Verzicht auf Diätenerhöhung

Die Fraktion DIE LINKE hat einstimmig beschlossen, den Bundestag aufzufordern, die jährliche Diätenerhöhung im Juli 2020 auszusetzen. Dieser Verzicht in Zeiten der Corona-Krise wäre ein kleines Zeichen der Solidarität. Es ist zu hoffen, dass sich die anderen Fraktionen dem Vorschlag der Linksfraktion anschließen werden.

Aktuell erhalten Abgeordnete 10.083,45 Euro (brutto). Ab Juni sollen es 2,6 Prozent (dann 10.345,64 Euro) mehr sein. Für den Fall, dass der Bundestag diese Initiative der Linksfraktion nicht zustimmen sollte, werden die Abgeordneten den entsprechenden Nettobetrag spenden.

[www.linksfraktion.de/publikationen](http://www.linksfraktion.de/publikationen)

Unter dieser Web-Adresse lassen sich die aktuellen Broschüren herunterladen, lesen und bei Bedarf auch ausdrucken. Nach der „Corona-Krise“ sind die Materialien auch wieder über die Wahlkreisbüros beziehbar (Adressen siehe unten).

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Bundestag - Platz der Republik, 11011 Berlin, 030/227.72477 / [thomas.lutze@bundestag.de](mailto:thomas.lutze@bundestag.de)

Bürgerbüro N9 - Nauwieserstr. 9, 66111 Saarbrücken, 0681/75590805 / [saarbruecken@thomas-lutze.de](mailto:saarbruecken@thomas-lutze.de)

Bürgerbüro B9 - Bahnhofstr. 9, 66538 Neunkirchen, 06821/9432001 / [neunkirchen@thomas-lutze.de](mailto:neunkirchen@thomas-lutze.de)

Online: [www.thomas-lutze.de](http://www.thomas-lutze.de) // [facebook.com/thlutze](https://facebook.com/thlutze) // Fragen bei [abgeordnetenwatch.de](https://abgeordnetenwatch.de)